



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Freistaat Bayern setzt sich für die Beschäftigten beim Übergang von der Autobahnverwaltung zum Bund ein**

Freistaat Bayern setzt sich für die Beschäftigten beim Übergang von der Autobahnverwaltung zum Bund ein

9. November 2018

+++ Staatssekretär Josef Zellmeier und Staatsminister Albert Füracker haben mit den beiden Gewerkschaften ver.di und dbb – beamtenbund und tarifunion eine Vereinbarung zur Sicherung der Interessen der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Übergang der Autobahnverwaltung an den Bund geschlossen. Zellmeier freut sich, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über die gesetzlichen Garantien hinausgehende Zusagen zu einem sozialverträglichen Übergang zusichern zu können. Zellmeier: „Wir lassen unser Personal nicht im Stich und tun alles, um Sie bei dem Übergang zur Infrastrukturgesellschaft Verkehr (IGA) zu begleiten und zu unterstützen.“ Füracker ergänzt: „Der Freistaat Bayern wird keine Kündigungen aussprechen. Jeder Mitarbeiter kann wählen, ob er zum Bund wechseln oder beim Freistaat Bayern bleiben will.“ Wer sich für einen Wechsel entscheidet, hat ein einjähriges Rückkehrrecht. Rückkehrwillige können sich auch später auf offene Stellen der Bayerischen Staatsbauverwaltung bewerben. +++

Die bayerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Autobahnverwaltung erhalten mit den Zusagen in der Vereinbarung Sicherheit im Übergangsprozess und für die Zukunft. Mit der neuen Bundesautobahngesellschaft, die 2021 an den Start gehen soll, endet die föderale Tradition, dass die Länder im Auftrag des Bundes Autobahnen bauen und verwalten.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

